doch gegen die herrschende Linke wachruft. Und Combes ist kein Cavour, noch weniger ein Bismarck. Weder hat er das staatsmännische Ingenium, noch den persönlichen Rückhalt im Volke, noch irgend eine Gewähr für die längere Dauer seiner Amtstätigkeit. Mit ihm und seinem aus heterogenen Elementen zusammengesetzten parlamentarischen Gefolge dürfte die Kirche sehr viel leichteres Spiel haben. Denn daß das französische Volk in seiner Mehrheit kirchlich ganz indifferent und nicht mehr für Rom mobil zu machen wäre, ist durchaus nicht anzunehmen. Die „Aufklärung" beherrscht nur gewisse Volksschichten, die zwar augenblicklich das Heft in Händen haben, aber doch weder durch ihre Bildung, noch durch ihren Besitz, noch durch ihre Zahl unüberwindlich sind. Das Resultat wird in Frankreich kein anderes sein, als es im deutschen Kulturkampfe war: die katholische Kirche wird auch dort ihre Herrschaft über die Gemüter befestigen und zu höherer politischer Macht gelangen, so daß die Angreifer von heute den 29. Juni 1904 verwünschen werden, an dem die französische Regierung ihre Beziehungen zum päpstlichen Stuhle brüsk abgebrochen hat.

So die „Kreuzztg." Die „Dresdn. Nachr." aber sehen das Vorgehen des Vatikans durch eine ganz andere, uns längst bekannte Brille. In ihrem „Der unpolitische Papst" betitelten Artikel, aus welchem das mangelnde Verständnis für alles, was katholisch ist, wie gewöhnlich wieder in jeder Zeile zu Tage tritt, und in welchem sie ihren Lesern das Unglaublichste plausibel zu machen suchen, sagen sie unter anderem:

Pius X. scheint selbst den Kopf für einen Moment völlig verloren zu haben, als er bei seinem politischen „Bravourstück" gegen die französische Republik mit ihm durch die Wand rannte. Aus ihrer Ueberzeugung daß das heißblütige (!), unbesonnene (!!), rücksichtslose (!!!) Vorgehen des Vatikans in dem Bischofsstreite den Konflikt bis zu den äußersten Konsequenzen getrieben und den französischen Stuhl in die Rolle des Angegriffenen und Herausgeforderten versetzt hat, machen selbst regierungsfeindliche Pariser Preßorgane kein Hehl.

Und weiter unten wird das Blatt prophetisch und weissagt also: „Unsere leitenden Stellen töten nach menschlicher Voraussicht wohl daran, ihre Abwehrwaffen gegen weitere ultramontane Uebergriffe rechtzeitig in Stand zu setzen und das Schwert für alle Fälle in der Scheide zu lockern. Was heute Frankreich passiert ist, dessen muß sich morgen jeder andere Staat ebenso gut versehen, wenn er es Pius X. nach dessen Meinung nicht recht macht."

Das glauben die „Dresdn. Nachr." doch selber nicht. Der rote Faden, der sich durch den ganzen Artikel zieht, ist die Absicht zu entstellen, das muß der Unbefangenste schon aus diesen wenigen Zeilen erkennen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Die Jacht „Hohenzollern", mit **Sr. Majestät dem Kaiser** an Bord, welche entgegen den früheren Dispositionen bereits Dienstag, nachmittags 2½ Uhr, hier eingetroffen war, machte bei dem Fallschuppen fest. Das zahlreich angesammelte Publikum begrüßte den Kaiser auf das lebhafteste. Die Stadt und die Schiffe haben geflaggt. — Se. Majestät der Kaiser war am Montag in der Rathacker Bucht bei Skagen eingetroffen; hier war die Schlachtflotte versammelt, welche unter den Augen des Kaisers Evolutionen ausführte. Die „Hohenzollern" ging dann in der Bucht vor Anker. Prinz Leopold von Bayern, welcher zur Zeit auf „Kaiser Friedrich III." eingeschifft ist, meldete sich bei dem Kaiser und nahm dann am Thee teil.

Die Petitionskommission über die Petition um eine **Abänderung der Eidesformel** hat einen Bericht erstattet, dem folgendes zu entnehmen ist: Die Bundesversammlung freier religiöser Gemeinden Deutschlands, sowie der Freidenkerkongreß, welcher im September 1903 in Görlitz getagt hatte, haben beim Reichstage petitioniert, daß dieser durch ein einzubringendes Gesetz eine für Dissidenten geeignete Eidesformel schaffen solle, in welcher ein einfaches „Ich schwöre!" oder „Ja!" an Stelle der jetzigen Beteuerungsform tritt. Namens des Reichsjustizamtes gab Geheimer Oberregierungsrat Delbrück in der Petitionskommission die Erklärung ab, er sei nicht in der Lage, über die Stellung der verbündeten Regierungen zu der in der Petition erörterten Frage Auskunft zu erteilen. Der Reichstag habe am 2. April 1897 beschlossen, die Bundesregierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach bei allen gerichtlichen Vereidigungen von Parteien, Zeugen und Sachverständigen die konfessionelle Eidesformel wieder eingeführt werde. Anträge, welche das gleiche Ziel verfolgten, seien im Reichstage auch noch später bei Beratung des von den Abgeordneten von Salisch und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Strafprozeßordnung usw. gestellt worden. Mit Rücksicht darauf habe die Reichsjustizverwaltung der von ihr im vorigen Jahre berufenen Kommission für Reform des Strafprozesses unter anderem auch die Frage vorgelegt, ob sich eine Umgestaltung der Eidesformel und des Verfahrens bei Abnahme von Eiden empfehle. Da angenommen werden dürfe, daß die Kommission bei der Erörterung dieser Frage auch den in der Petition ausgesprochenen Wunsch auf Einführung einer für Dissidenten geeigneten Eidesformel prüfen werde, so erscheine es angezeigt, zunächst das Ergebnis der Kommissionsberatung abzuwarten. Die Kommission beantragt, diese Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

— **Ein „schreckliches Unglück" ist dem Regensburger Katholikentag passiert.** Das dortige Lokalkomitee hat neben der allgemeinen Einladung wie immer üblich auch Einladungsschreiben an bestimmte Personen erlassen, darunter auch an die katholischen Parlamentarier. Eine solche gedruckte Einladung erging auch an den bayerischen Reichsrat Grafen Zinneberg, der nun einen ablehnenden Brief an das Lokalkomitee richtete. Er betont dabei, daß die Katholikentage entgegen der früheren Tradition Zentrumsparteitage geworden seien. So lange das Zentrum Leute von den politischen Anschauungen und den parlamentarischen Formen eines Dr. Heim in ihren Reihen dulde, lehne er jede Anteilnahme ab, da sich das mit der Sozialdemokratie verbündete bayrische Zentrum immer mehr zu einer radikalen Wirtschaftspartei entwickele. Dieser Brief wird nun in der liberalen Presse gegen die Katholikentage bereits verwertet; der gräfliche Briefschreiber scheint ganz übersehen zu haben, daß es sich nicht um einen bayerischen Katholikentag handelt, sondern um einen allgemeinen deutschen. Wie er aber auf diesen seinen bayrische Verstimmung zu übertragen vermag, ist nicht ersichtlich, jedenfalls nicht gerecht. Das Zentrum werde eine „radikale Wirtschaftspartei", ist eine solche neue Entdeckung, daß sie fast patentiert werden sollte, sonst hört man gerade gegen das bayrische Zentrum den Vorwurf erheben, es sei eine ganz „agrarische Partei" geworden. Im übrigen zeigt der Inhalt des Briefes nur, daß Graf Arco Zinneberg die liberalen Blätter mit großem Erfolg gelesen hat. Mit diesen so aufgenommenen Anschauungen hätte er allerdings auch nicht gut auf einen Katholikentag gepaßt; es wäre ihm daselbst doch nicht recht wohl gewesen und so liegt es im beiderseitigen Interesse, wenn der Herr Graf wegbleibt. Andere werden hierfür kommen, vielleicht jetzt erst recht!

Die Hibernia-Verstaatlichung zieht bereits ihre Wellen an der Berliner Börse, man glaubt nicht recht, daß nur diese Gesellschaft verstaatlicht werden soll. Die Kurse der anderen bedeutenden Gesellschaften ziehen auch sehr an; Gelsenkirchen und Harpener Aktien springen riesig in die Höhe, obwohl die monatlichen Geschäftsabschlüsse dies nicht rechtfertigen. Man kalkuliert an der Börse folgendermaßen: Wir müssen den Kurs hoch halten, sei es um bei Fusionen oder staatlichen Angeboten besser wegzukommen. Der Vorstand des Kohlensyndikats weilt seit Montag in Berlin. Am meisten verschnupft sind hier die Firma Bleichröder und die Handelsgesellschaft, die seit 30 Jahren an der Hibernia beteiligt sind, und nun von dem Handelsminister umgangen wurden, die Dresdner Bank hat seither mit der Hibernia gar nichts zu tun gehabt, jetzt besitzt sie für 20 Millionen Mark Aktien und wird beim Zustandekommen der Verstaatlichung zirka 4 bis 5 Millionen Mark verdienen. Dieses hübsche Geschäft macht die anderen Banken der Verstaatlichung so ungünstig gesinnt; sie gönnen der „Dresdner" nicht den riesigen Gewinn! Die Konkurrentin der Dresdner, die Deutsche Bank, verhält sich noch neutral. Aus den Reihen der Dresdner Bank verlautet bereits, daß im Falle der Nichtverstaatlichung der Hibernia sie den Aufsichtsrat säubern werde; das kann sie allerdings sehr leicht. Handelsminister Möller ist selbst im Kohlengebiet und gibt sich in privaten Besuchen sehr viel Mühe, die dortigen Großindustriellen für die Verstaatlichung zu gewinnen; er reist von einem zum anderen, so daß ein Ministerkollege das alte bekannte Wanderlied der Müller also travestiert haben soll: „Das Wandern ist des Möllers Lust!" Nicht übel; ob Herr Möller viel Glück haben wird, möchten wir bezweifeln. Die Großindustriellen des Westens sehen in ihm eben nicht das kaufmännische Genie, das man in Berlin in ihm entdeckt hat; seine Unternehmungen sind nicht in die Höhe gegangen, wie die seiner Nachbarn; er ist viel kleiner geblieben und so gilt er im Westen nicht als Autorität. Wenn dort ein Thyssen, Haniel, Matthias Stines etwas sagt, zieht das anders an. Wir stehen der Verstaatlichung sehr sympathisch gegenüber, aber wir verurteilen es sehr, daß der Handelsminister seine Absicht einer einzelnen Bank mitteilte. Wem entgehen diese? Allein den Aktionären, die verkauften, ohne die Verstaatlichungsabsicht zu kennen. Damit ist Treu und Glauben im Geschäftsleben nicht geändert worden, bei der Börsenreform will Herr Möller angeblich diese wieder herstellen; nichts aber hat Treu und Glauben so schwer geschädigt, wie das ungeschickte Manöver bei der Verstaatlichungsangelegenheit. Der Handelsminister schlage deshalb zuerst an die eigene Brust, und zwar recht tüchtig!

— Die Vorstandssitzung der nordwestlichen Gruppe **des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller,** die unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Lueg stattfand, hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: **Die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen und Stahlindustrieller hat gegen die beabsichtigte Verstaatlichung der Bergwerks-Aktiengesellschaft Hibernia, falls sie den ersten Schritt zur Verstaatlichung des Bergbaues überhaupt darstellt, von dem Standpunkt der Eisen- und Stahlindustrie aus die schwersten Bedenken und tritt in dieser Beziehung den vom Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund am 6. August 1904 geltend gemachten Befürchtungen bei.**

— **Wem die römischen Juden danken.** Bei der Eröffnung der neuen Synagoge in Rom erinnerte der Präsident der israelitischen Gemeinde, Cavaliere Sereni, daran, daß der Tempel genau an der Stelle, das heißt im alten Ghetto, stehe, wo die Vorfahren einst so viel geduldet, und ermahnte die Anwesenden zu stetem Danke gegen das Haus Savoyen, wie gegen Cavour, Garibaldi, Mazzini und alle die großen Patrioten, die die Juden auf eine Stufe mit den übrigen Bürgern gestellt. Der Dank an die Revolutionäre ist ebenso angezeigt wie charakteristisch.

— **Der sozialdemokratische Reichsstaatsanwalt Freiwald,** der bekanntlich die Anträge auf Ausschluß der Revisionisten Göhre, Braun, Heine und Bernhard gestellt hat, mußte sich auf der Niederbarnimer Kreiskonferenz gefallen lassen, daß er dafür vom Genossen Brühschke am Ohr genommen wurde. Freiwald habe seine Anträge gestellt, ohne die Organisation zu fragen, deshalb sei er nicht zum Delegierten für den Bremer Parteitag zu ernennen. Aber der Reichsstaatsanwalt meinte: Hunderttausende von Genossen hätten seinen Ausschlußantrag gebilligt und wenn er gegen das Urteil des Schiedsgerichts Berufung eingelegt hätte, so hätten sämtliche Leipziger Genossen hinter ihm gestanden. Aha! Da erfährt man, wo die Anstifter sitzen. Genosse Mehring wollte seine Gegner hinausdrängeln. Freiwald wurde nach Empfehlung durch Stadthagen wieder zum Delegierten gewählt und will als solcher auch die Schulfrage auf die Tagesordnung in Bremen gesetzt wissen. Kann uns sehr willkommen sein.

Rom.

— **Aus Anlaß des ersten Jahrestages seiner Krönung** begab sich der **Papst** auf die sedia gestatoria in die Peterskirche und wohnte dort einer päpstlichen Kapelle bei, welche in Gegenwart der Kardinäle des Patriciats und sehr zahlreicher eingeladener Persönlichkeiten stattfand. Nach Beendigung derselben begab sich der Papst in seine Gemächer zurück.

England.

— Die Blätter veröffentlichen **ein Schreiben des Marquis of Lansdowne** an einen englischen Parlamentarier. Darin heißt es, daß die englische Regierung keine Bestätigung des Gerüchts erhalten habe, daß 9000 Armenier in den Distrikten Musch und Sassun ermordet seien. Es sei für die englischen Konsuln schwierig gewesen, die wirklichen Verluste an Menschenleben festzustellen, aber aus ihren Berichten gehe hervor, daß die gemeldete Zahl stark übertrieben sei.

— **Dr. Jameson,** der Premierminister der Kapkolonie, ersucht das Reutersche Bureau, dem Gerücht entgegenzutreten, daß er den eingeborenen Kolonisten das Wahlrecht entziehen wolle.

Bulgarien.

— **Die mazedonischen Flüchtlinge** sind fast sämtlich heimgekehrt. 5400 Flüchtlinge aus dem Wilajet Adrianopel, die hier gepachtete Felder angebaut haben, warten die Ernte ab, um dann ebenfalls in die Heimat zurückzukehren. Nachdem aber die von der Pforte zur Rückkehr bewilligte Frist gestern abgelaufen ist, hat Bulgarien Schritte unternommen, um von der türkischen Regierung eine Verlängerung der Frist zu erlangen.

Türkei.

— Um nicht hinter den anderen Großmächten zurückzubleiben, sendet auch die Türkei einen Militärattaché in das japanische Hauptquartier, nämlich den Obersten im Generalstabe **Pertew-Bey.**

— **Die Pforte bereitet** im Auftrage des Yildiz-Kiosk eine Antwort auf die Erklärung der Ententebotschaften betreffend die Vermehrung der Gendarmerieoffiziere vor, worin dieselbe für unnötig erklärt wird.

Die Pforte hat die **Durchfahrt für Schiffe der Freiwilligenflotte** durch die Meerengen bewilligt, nachdem in St. Petersburg durch den Grafen Lambsdorff und hier durch den Botschafter Sinowjew eine Zusicherung bezüglich der Beibehaltung der Handelsflagge abgegeben worden ist.

Die bereits signalisierte Antwort der Pforte bezüglich der **Vermehrung der fremden Gendarmerie-Offiziere** und Zuteilung von Unteroffizieren ist den Botschaften der Ententemächte zugegangen. Die Pforte macht darauf aufmerksam, daß die Botschaften im März dieses Jahres 25 Offiziere als Maximum erklärten, und daß eine Vermehrung dann auch von anderen Großmächten gefordert werden könnte. Die Pforte habe für das Gendarmeriebudget der drei Wilajets bereits 5 Millionen Frank festgelegt und könnte keine weiteren finanziellen Lasten tragen. Der Gendarmeriekommandant Di Giorgis, welchem die Pforte tüchtige türkische Offiziere beistellte, habe sich für eine Vermehrung nicht ausgesprochen. Wenn der österreichisch-ungarische und russische Rayon je 8 Kazakreise umfasse, so könnten die Offiziere, da die Kreise neben einander lägen und die Kompagnien wenig zahlreich seien, mehrere Kreise überwachen. Uebrigens seien 5 Offiziere für je eine Sandschak genügend. Eventuell werde die Pforte noch die sechs belgischen und schwedisch-norwegischen Offiziere zuteilen. Di Giorgis und die anderen fremden Offiziere erkennten die Förderung an, welche die Pforte der Reorganisation angedeihen lasse, und daß sie, wenn auch der ursprüngliche Plan noch unerfüllt sei, keine Winkelzüge mache. Die Pforte bitte die Botschafter, ihre Regierungen zu veranlassen, von der Forderung nach Vermehrung der fremden Gendarmerieoffiziere abzusehen. Maßgebende Kreise bezeichnen diese auf Befehl des Yildiz verfaßte Antwort der Pforte als vielfach unrichtig. Es scheint dies der letzte Versuch, die Offiziersvermehrung zu verhindern. Weitere Schritte werden sofort erfolgen, um die Pforte zu veranlassen, die von den beiden Militär-Adjoints als unbedingt notwendig beantragte Vermehrung der Gendarmerieoffiziere gutzuheißen. — In türkischen Kreisen wird behauptet, Anzeichen dafür lägen vor, daß die armenische Bewegung in den Wilajets Bitlis und Erzerum von amerikanischer Seite unterstützt werde.

— **Angesichts einiger unrichtiger Zeitungsangaben über**

---

die die Heilsarmee veranstaltet. Wer einer solchen Vorstellung mit ihren „erhebenden" Einleitungs-, Zwischenakt- und Schlußgesängen jemals beigewohnt hat, dem wird sie sicherlich sein ganzes Leben lang unvergeßlich bleiben. Etwas Grotesqueres kann man sich kaum denken, und doch fühlt man, wie ein heiliger Ernst, ein fester Wille, der menschlichen Gesamtheit zu nützen, dem Ganzen anhaftet. Man lacht erst und amüsiert sich, aber dann wird man — ob man will oder nicht — nachdenklich . . .

Amerika ist nun einmal das Land der Sekten; es darf daher in keiner Weise wunder nehmen, wenn der Versuch, Proselyten zu machen, besonders stark und ungeniert auf der Ausstellung zu tage tritt. Die Bekehrungsversuche — es sind nicht immer religiöse, sondern eher temperenzlerische und abstinenzlerische — erreichen bei den wilden Völkerschaften ihren Höhepunkt. Da kann man oft recht drollige Szenen beobachten, namentlich, wenn Frauen die Bekehrung vornehmen. Die Philippinos, die amerikanischen Kolonialkinder, müssen da in erster Linie die Versuchskaninchen abgeben. Da legte sich unter anderen kürzlich eine etwas wohlbeleibte Temperenzdame tüchtig ins Zeug. Schon glaubte sie stolz einen Erfolg erzielt zu haben. Mit honigsüßer Stimme redete sie auf einen krauslockigen Philippinojüngling ein: „. . . Und wenn du nun wieder in der Heimat sein wirst, wirst du auch deinem Missionar treu folgen?" „Nik", sagte der Gefragte, was so viel als „Ja" bedeutet. Er bekam als Anerkennung für diese prompte Antwort eine kleine Münze geschenkt. Das gefiel dem jungen Mann. Auch auf die nächste Frage hatte er ein im Brusttone ehtester Ueberzeugung herausgeschleudertes „Nik" zur Antwort. Wieder bekam er einen Obulus. Auch die dritte Frage bekam ein drittes „Nik", gleichzeitig aber streckte sich seine Hand nach dem zu erwartenden Obulus aus. — Zornerrötend wandte sich die Dame ab. Die Temperenzidee hatte wieder einmal ein Fiasko zu verzeichnen . . .

Derartige spaßige Affären bietet die Ausstellung recht viele. Man muß sie nur zu sehen verstehen. Offenes Ohr und offenes Auge ist überhaupt für jeden Ausstellungsbesucher eine ebenso primäre Bedingung, wie ein offenes Portemonnaie . . .

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19040811/2